

Tagungsbericht zum Workshop „Synergie statt Abgrenzung“ am 8./9.4. 2019 in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt beim Bund, Berlin

In ihrem Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung dazu, die im Sinne des Kulturparagraphen 96 des Bundesvertriebenengesetzes tätigen Einrichtungen der Heimatvertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten als Träger des deutschen Kulturerbes des Ostens sowie im Geiste der europäischen Verständigung für die Zukunft zu ertüchtigen und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen zu stärken. Zur Umsetzung dieser Koalitionsvereinbarung erarbeitet die Kulturstiftung derzeit, gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, ein Konzept zur Stärkung der eigenständigen Kulturarbeit, die bereits seit Jahren von den Vertriebenenorganisationen gefordert wird.

Bei einem Workshop in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt beim Bund in Berlin am 8./9. April 2019 wurden Kooperationsmöglichkeiten der Kulturorganisationen der deutschen Heimatvertriebenen und wissenschaftlicher Einrichtungen mit den deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion eruiert. Ebenfalls wurde diskutiert, wie durch Kooperationen der Kulturorganisationen der deutschen Heimatvertriebenen untereinander und mit wissenschaftlichen Einrichtungen Synergieeffekte erzielt werden können.



Moderiert von dem Leiter des Projekts der Kulturstiftung, Thomas Konhäuser, wurden dabei nachhaltige Impulse für die Erarbeitung eines Förderkonzepts für die eigenständige Kulturarbeit gesetzt.

Begrüßung durch den Vorsitzenden der Kulturstiftung, Reinfried Vogler

In seinem Grußwort verwies der Vorsitzende der Kulturstiftung, Reinfried Vogler, darauf, dass im Jahr 2000 die neu gewählte rot-grüne Bundesregierung zwölf erfahrene und bewährte Institutionen aus der institutionellen Förderung strich, darunter die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Mit dem Wegfall der institutionellen Förderung und damit einer Kürzung der finanziellen Förderung von rund 2,5 Millionen Euro auf 0 seien schmerzhaften Einschnitte in der Arbeit der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen verbunden

Der Workshop sei ein Baustein in einer Kette von Veranstaltungen der Kulturstiftung zur Erarbeitung eines Förderkonzept, um diese, eingebunden in die angestrebte Stärkung der eigenständigen Kulturarbeit der deutschen Heimatvertriebenen insgesamt, wieder auf eine gesunde und zukunftsweisende Basis zu stellen.

Vorstellung des Projekts durch Thomas Konhäuser

Zunächst stellte Projektleiter Thomas Konhäuser das Projekt zur Erarbeitung eines Förderkonzepts vor und wies darauf hin, dass nach der Auftaktveranstaltung am 18./19. Februar 2019 in HAUS SCHLESSEN, an der über 50 Vertreter von Kultureinrichtungen der Vertriebenen, sowie der Museen, Institutionen der Wissenschaft und der kulturellen Breitenarbeit, ebenso Vertreter des BdV und der Landsmannschaften teilnahmen, in den kommenden Monaten mehrerer Workshops stattfinden werden, die sich speziellen Themen/ Problemfeldern widmen. Zur Erarbeitung eines Förderkonzepts mit dem Schwerpunkt der Stärkung der eigenständigen Kulturarbeit der deutschen Heimatvertriebenen und der Stärkung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen sei ein Arbeitsprogramm im Jahr 2019 mit insgesamt sechs Veranstaltungen, Einzelberichten und eine abschließenden Studie vorgesehen.

Bei der Auftaktveranstaltung stand die Klärung der Frage im Vordergrund, was überhaupt gegenwärtig unter der „Kulturarbeit der Vertriebenen“ zu verstehen ist. Es galt eine Bilanz der bisherigen Arbeit der Vertriebenenorganisationen zu ziehen, nach deren aktuellem Stand zu fragen. Daneben ging es neben genannten Punkten darum, die in der Kulturarbeit tätigen Organisationen/Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen über das Projekt zu informieren, von Anbeginn in dessen Entwicklung mit einzubeziehen, gemeinsam Problemfelder aufzuzeigen und damit Impulse für die Erarbeitung des auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Förderkonzepts zu setzen.

Es sei sehr zu begrüßen, dass die Bundesregierung den dringenden Handlungsbedarf erkannt hat, die Träger der eigenständigen Kulturarbeit zu ertüchtigen sowie die Kulturstiftung der deutschen Heimatvertriebenen zu stärken und dies entsprechend im Koalitionsvertrag verankert habe.

Themenblock 1:

Kooperation der Kulturorganisationen der deutschen Heimatvertriebenen und wissenschaftlicher Einrichtungen mit den deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion

Impulse:

- Dr. Ortfried Kotzian, Vorstandsvorsitzender der Sudetendeutschen Stiftung, München
- Olga Martens, Vizepräsidentin der Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) und stellv. Vorsitzende des Internationalen Verbandes deutschen Kultur (IVDK) in Russland), Moskau



Dr. Ortfried Kotzian, Vorstandsvorsitzender der Sudetendeutschen Stiftung, ging in seinen Impuls vier Fragestellungen nach: Wo liegt der Ausgangspunkt für die im Titel des Workshops angesprochene Doppelsexistenz der Heimatvertriebenen und der deutschen Minderheiten? Wie ist das Verhältnis zueinander zu bewerten? Welche Ansätze für Kooperationsmöglichkeiten gibt es heute? Welches Fazit ergibt sich aus der notwendigen Zusammenarbeit zwischen Landsmannschaften und deutschen Minderheiten.

Dr. Kotzian veranschaulichte die erste Fragestellung, in dem er bildlich zwei geografische Linien zog. Eine Linie von der Ostsee beginnend, entlang der heutigen östlichen deutschen und österreichischen Grenze entlang über die westliche Grenze Sloweniens hinweg bis zur Adria. Eine zweite Linie von der Ostsee beginnend entlang der östlichen Grenze der Baltischen Staaten über die ehemalige Ostgrenze Polens vor 1939 und des alten Großrumänischen Reichs hinweg bis hin zum Schwarzen Meer. In diesem Streifen Ostmitteleuropas hätten 1939 16 verschiedene Völker gelebt, darunter rund 16 Millionen Deutsche in drei „Aggregatzuständen“. Acht Millionen davon seien deutsche Reichsbürger gewesen und acht Millionen Grenzlanddeutsche, wie beispielsweise in Litauen oder in Oberschlesien, oder Sprachinseldeutsche, wie beispielsweise in Rumänien. Daneben lebten in der damaligen Sowjetunion 1939 insgesamt 2,3 Millionen Deutsche. Heute würden in diesen Gebieten nur noch 1,2 Millionen Angehörige der deutschen Minderheit leben. Auslöser hierfür waren die Umsiedlungen Hitlers, die Deportationen Stalins, die Fluchtbewegung im Zuge des Zweiten Weltkrieges, die Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die Aussiedlungen in die Bundesrepublik bzw. die damalige DDR. Um den verlorenen „Kulturraum in den Köpfen weiter zu pflegen und in Generationenfolge weitergeben zu können“ hätten sich die Landsmannschaften gebildet. Die verbliebenen deutschen Minderheiten hatten hingegen aufgrund von Repressalien meist keine Chance, unter kommunistischer Herrschaft die eigene kulturelle und oftmals auch ethnische Identität zu bewahren. Von 1950 bis 1989 hätten sich keine eigenständigen Organisationsstrukturen gebildet, was Ausgangspunkt für die zweite Fragestellung sei, wie das Verhältnis zueinander zu bewerten ist. Nach 1989 etablierten sich zwar im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen Minderheitenrechte in den Staaten Mittel- und Osteuropas und die deutschen Minderheiten bemühten sich mühselig, die eigenen kulturelle und ethnische Identität zurückzugewinnen, und es bildeten sich Verbandsstrukturen, dennoch hätten sich seit 1989 viele Angehörige der deutschen Minderheiten der Assimilation gefügt, statt sich als Deutsche öffentlich zu erkennen zu geben. Der Ist-Zustand der deut-

schen Minderheiten sei seiner Meinung nach heute der andauernde Kampf gegen eine Assimilierung und für eine eigene kulturelle, ethnische Identität.

Im Hinblick auf Ansätzen einer Kooperation sei es entscheidend „Der Herkunft eine Zukunft zu geben“. Es müsse die Frage geklärt werden, welche kulturellen, politischen Ziele beispielsweise die Sudetendeutschen hätten – wie sie die Zukunft gestalten wollen. An diesem Punkt, über die „Herkunftsidentität“, würden Landsmannschaften und deutsche Minderheiten wieder zusammenfinden. Selbst wenn beispielsweise in der Tschechischen Republik von ehemals 3,5 Millionen Deutschen heute nur noch rund 39.000 übrig geblieben seien, seien diese wichtig, da sie als einzige im Stande seien, eine deutsche kulturelle Identität der Mehrheitsbevölkerung zu vermitteln. Aufgrund der Sprachkenntnisse seien sie zudem „Türöffner“ für Kontakte für die Landsmannschaften. Die „kulturpolitische Arbeit“ zeige, dass die Landsmannschaften und deutschen Minderheiten aufeinander angewiesen sind. Entscheidend für die Landsmannschaften ihrerseits sei es, klare Aufgabenstellungen zu definieren, wie beispielsweise Wissen zum deutschen Kulturerbe in den ehemaligen Herkunftsgebieten zu vermitteln.

Als Fazit zog Dr. Kotzian, dass man beständig, spätestens aber alle 15 Jahre, sich einer Selbstanalyse unterziehen und der Frage nachgehen müsse, was sich an gesellschaftlichen Wandel bewegt habe und wie und ob man hierauf zu reagieren habe. Zweitens gelte es zu definieren, welche Maßnahmen getroffen werden müssen „um für die nachwachsende Generation eine Wahrung der Identität anzubieten“. Darüber hinaus gelte es, eine wechselseitige Nutzung der Institutionen zu stärken, indem diese auch für die einheimische Bevölkerung und für interessierte Bevölkerungsschichten geöffnet werden. Besondere Bedeutung misst Dr. Kotzian auch der Zusammenarbeit von Institutionen der Heimatvertriebenen, wie beispielsweise den „Heiligenhof“ mit Partnern im östlichen Europa zu. Dazu würden automatisch die deutschen Minderheiten gehören, aber man müsse vor allem verstärkt die staatlichen Organisationen „mit ins Boot holen“. Auf praktischer Ebene gelte es, die Brückenfunktion, die die Deutschen vor 1939 hatten, zu stärken. Dabei sei entscheidend wieder stärker auf Gemeinsamkeiten einzugehen, die bestehen und bestanden haben, und Trennendes zu überwinden.

Olga Martens, Vizepräsidentin der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) und stellv. Vorsitzende des Internationalen Verbandes der deutschen Kultur (IVDK) in Russland), erklärte, dass die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen ihr vor der Veranstaltung nicht bekannt gewesen sei, was wohl auch der Tatsache geschuldet sein könne, dass die deutsche Minderheit in Russland die am weitesten entfernte von Deutschland sei. Wenn es sich um eine „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“ handele, dann müsse sich diese um alle Personen deutscher Abstammung kümmern. Im Hinblick auf eine Zusammenarbeit habe die Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der FUEN (AGDM) diese seit langem bereits thematisiert. „Man sehne sich nach einem Deutschtum, das fast verloren gegangen sei“, weshalb man eine starke Bindung zu Deutschland, aber auch zu den anderen deutschen Minderheiten brauche. Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen könne ihres Erachtens als Institution einen Beitrag dazu zu leisten mitzuhelfen, die Kulturgüter im Osten Europas zu bewahren und gleichzeitig ein positiv geprägtes Bild von Deutschland zu vermitteln. Bislang bekomme man ein Deutschlandbild nur vom Goethe-Institut vermittelt. Im Hinblick auf eine Zusammenarbeit berichtete Frau Martens, dass sich die Zusammenarbeit der deutschen Minderheit in Russland mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland eher schwierig gestalte und sich das Verhältnis erst seit zwei bis drei Jahren normalisiert habe. Grund sei gewesen, dass man sich seitens der Landsmannschaft eher an politi-

schen Themen interessiert gezeigt habe, aber weniger an der Bewahrung des Kulturguts der deutschen Minderheit in Russland. Im Hinblick auf eine wünschenswerte künftige Zusammenarbeit mit der Kulturstiftung sei ein enger Austausch mit den Dachverbänden der deutschen Minderheiten wichtig, um gemeinsam „unsere Bedürfnisse“ zu besprechen.

Als negatives Beispiel nannte Frau Martens, dass sie vor einigen Jahren bei mehreren deutschen Institutionen, die sich mit dem deutschen Kulturerbe in Russland befassen, um Hilfe gebeten habe, die deutsche Minderheit vor Ort dabei zu unterstützen, deutsches Kulturgut auf Deutsch zu präsentieren und nur Absagen erteilt bekommen habe.

Im Hinblick auf die Schwierigkeiten der Landsmannschaften einerseits und der deutschen Minderheiten andererseits junge Leute für deren Arbeit zu gewinnen, könne die Kulturstiftung durch die Förderung eines Jugendaustausches dazu beitragen, gleichsam in Deutschland und den Gebieten, in denen die deutschen Minderheiten, heute noch leben, Interesse zu wecken und für eine Mitarbeit zu begeistern. Darüber hinaus gelte es nachhaltig den Informationsaustausch, beispielsweise durch gemeinsame Konferenzen zu stärken.



In der sich anschließenden Diskussion wurden die gegebenen Impulse vertieft und weitere Problemfelder diskutiert.

Im Hinblick auf den wechselseitigen Informationsfluss bemängelte die Leiterin der AGDM-Koordinierungsstelle in Berlin, Frau Dr. Renata Trischler, dass die deutschen Minderheiten oftmals nicht als „richtige Ansprechpartner“ wahrgenommen werden würden und eine „Kommunikation auf Augenhöhe“ oftmals nicht gegeben sei. Ebenfalls verwies Sie darauf, dass die Wanderaus-

stellung über die deutschen Minderheiten, die 2017 in der ungarischen Botschaft eröffnet wurde und nach einer Präsentation im Sächsischen Innenministerium und jetzt auch im Bayerischen Landtag gezeigt wird, von der AGDM-Koordinierungsstelle auch Landsmannschaften, Museen und Kulturreferenten angeboten wurde, man von dort aber nur Absagen erteilt bekommen habe, die Ausstellung zu präsentieren. Dies sei nur eines von Beispielen, das verdeutliche, dass dringend grundsätzlich über das Thema „Zusammenarbeit“ geredet werden müsse.

Doris Hutter vom Verband der Siebenbürger Sachsen bekräftigte aus Sicht ihres Verbandes heraus die Aussage von Frau Dr. Trischler. Nach den Wendejahren habe man oftmals versucht, die gemachten Erfahrungen in Deutschland der deutschen Minderheit vor Ort überzustülpen und dadurch eher eine Gegenreaktion ausgelöst. Heute habe man gelernt sich „zurückzunehmen“ und man suche den Kontakt auf Augenhöhe. Entsprechend nehmen auch an den Bundesvorstandssitzungen zweimal jährlich auch drei Vertreter der deutschen Minderheit aus Siebenbürgen teil.

Stephan Rauhut, Bundesvorsitzender Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V., Vorsitzender des Kuratoriums der Kulturstiftung, verwies auf von der Landsmannschaft organisierte Hilfstransporte nach Polen in den 1980er Jahren, um die dort ansässigen Landsleute zu unterstützen. Daraus hätten sich viele persönliche Kontakte entwickelt, worauf aufbauend die Landsmannschaft nach 1989 wertvolle Hilfe zum Aufbau von Strukturen

der deutschen Minderheit geleistet und Impulse für die Gründung von Institutionen gesetzt habe. Heute habe er den Eindruck, dass die beratende Funktion der Landsmannschaften nicht mehr gefragt sei bzw. die Landsmannschaften in Deutschland lediglich dann gefragt seien, wenn es „um die Bereitstellung von Publikum“ bei Veranstaltungen gehe. Ein regelmäßiger Austausch zwischen Landsmannschaft und deutscher Minderheit sei zwingend notwendig, um gegenseitiges Verständnis zu fördern. In diesem Zusammenhang könnte auch die Kulturstiftung eine organisatorische Arbeit leisten, indem Sie gemeinsame Tagungen befördere. Für die Erzielung von nachhaltigen gemeinsamen Projekten und der Erzielung von Synergieeffekten zwischen Landsmannschaften und deutschen Minderheiten sei aber auch eine nachhaltige finanzielle Förderung nicht nur durch Projektmittel erforderlich. Der § 96 des Bundesvertriebenengesetzes dürfe „kein Linsengericht sein, sondern müsse wieder ein voll gedecktes Buffet sein“, damit das reichhaltige deutsche Kulturerbe im Osten Europas im Bewusstsein Deutschlands und Europas bestehen bleibt, so Rauhut.

Dr. Alfred Eisfeld vom Göttinger Arbeitskreis erklärte, dass man im Hinblick auf eine Zusammenarbeit im Wissenschaftsbereich im Einzelfall prüfen müsse, was eine Landsmannschaft hier zu leisten vermag. So fehle es beispielsweise bei der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland an Personen, Mitteln und Infrastruktur, um eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit auszubauen oder zu pflegen. Leider fehlen aber oftmals finanzielle Mittel aus Deutschland, um bedeutende wissenschaftliche Projekte in den Herkunftsgebieten anzustoßen. So wurde beispielsweise vom BKM eine finanzielle Förderung zur Dokumentation der geöffneten Archivbestände in Kasachstan, wo die Hälfte aller Deutschen lebte, mit einheimischen Personal verweigert. Dies sei umso weniger nachvollziehbar, als Russland seine Archivbestände bis zum Jahr 2044 gesperrt habe und bis dahin nur ein Zugang zu den kasachischen Archiven möglich sei. Ebenso habe man eine Konzeption entworfen zur Schaffung eines virtuellen Museums zur Geschichte und Kultur der Deutschen unter Einbeziehung der Ukraine, Russland, Kasachstan und des Museums in Detmold, womit ein einzigartiges Netzwerk geschaffen werden könnte. Auch hier ist eine finanzielle Förderung durch den Bund mehr als fraglich. All dies zeige, dass der Bund den Auftrag von §96 nicht hinreichend ernst nehme.

Auch Frau Dr. Barbara Loeffke, Vorstandsmitglied der Kulturstiftung, bemängelte fehlende finanzielle Mittel zur Förderung der Arbeit der Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit der Heimatvertriebenen, die heute nur noch „Almosen“ erhalten würden. Die Politik dürfe nicht vergessen, welchen unendlich großen Beitrag die Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau Deutschlands geleistet hätten. Die Heimatvertriebenen müssen wieder mehr gefördert werden, so wie auch die deutschen Minderheiten. Dies sei auch Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Zusammenarbeit.

Prof. Dr. Manfred Kittel räumte ein, dass im Hinblick auf die Auslandsdeutschen aufgrund der nationalsozialistischen Politik trotz 70 Jahren an Vergangenheitsbewältigung in der bundesdeutschen Gesellschaft anscheinend eine Scheu bestehe, sich mit „nationalkonterminierten Themen“ auseinanderzusetzen. Dies mag eine Ursache dafür sein, weshalb die Wanderausstellung über die deutschen Minderheiten, über die Frau Dr. Trischler berichtete, nicht gezeigt wurde. Frau Hutter vom Verband der Siebenbürger Sachsen wandte hierzu ein, dass sie in diesem Zusammenhang eine andere Erfahrung gemacht habe. So würde im Haus der Heimat in Nürnberg die Neugierde bei der jungen Generation wachsen und gerade in der Studentenschaft sei der „Wilde Osten“ sehr beliebt, um dort vor Ort Erfahrungen zu sammeln. Es gelte die Aufbruchsstimmung, die sichtbar ist, jetzt zu nutzen, so Frau Hutter.

Auf die Frage nach Schwerpunkten für gemeinsame Projekte und in wieweit gemeinsame Tagungen angestoßen werden könnten antwortete Frau Dr. Trischler, dass die AGDM im vergangenen Jahr ein Projekt durchgeführt habe, um selbstreflektieren den Ist-Zustand zu analysieren und welche Themenschwerpunkte künftig noch stärker bespielt werden müssen. Hier standen neben der Stärkung der Jugend- und Spracharbeit auch eine Stärkung der Bildungsarbeit insgesamt an vorderster Stelle. Im Hinblick auf die wissenschaftliche Zusammenarbeit müsse die AGDM verstärkt dokumentieren, welche Einrichtungen und Institutionen vorhanden seien und wie sich die Kooperationen gestalten. Es gebe aber vielerorts nachweisliche erfolgreiche Kooperationen, wie sie beispielsweise das Haus für deutsch-polnische Zusammenarbeit vorweisen könne. Ein Beispiel für ein erfolgreiches Projekt sei auch die alljährlich von der deutschen Minderheit in Kroatien durchgeführte Tagung „Deutsche und Österreicher im kroatischen Kulturkreis“, mit jeweils rund 50 Teilnehmern. Heute hat die Tagung ihre wissenschaftlichen Schwerpunkte über die Grenzen Kroatiens hinaus auch auf die Anrainerstaaten, wie beispielsweise Bosnien, Herzegowina oder Ungarn ausgeweitet. Leider seien keine finanziellen Mittel vorhanden, die in einem Tagungsband erscheinenden Referate in deutsche Sprache zu übersetzen und damit auch deutschen Wissenschaftlern zugänglich zu machen.

Dr. Jürgen Martens wies darauf hin, dass die wissenschaftlichen Museen und deren Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen im Osten Europas und den deutschen Minderheiten stärker ins Blickfeld gerückt werden müssen. Die hohen Besucherzahlen der angebotenen Ausstellungen sprächen für sich selbst, und es sei hier ein guter Ansatzpunkt für eine weitere verstärkte Zusammenarbeit gegeben.

Dr. Rudolf Landrock, Vorsitzender von BRUNA, gab zu bedenken, dass bei den bestehenden Häusern des deutschen Ostens und der Häuser der Heimat erhebliche Kapazitäten bestünden. Es gelte auch Überlegungen anzustellen, wie diese unter Umständen umstrukturiert und deren Arbeit gelenkt werden könne, um die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen und den deutschen Minderheiten zu befördern.

Barbara Kämpfert vom Akademischen Freundeskreis Westpreußen wies darauf hin, dass die von ihrer Einrichtung angebotenen Tagungen heute oftmals mehr von Vertretern der deutschen Minderheit angeboten werden, als von deutschen Besuchern. Defizite bestehen ihrer Meinung nach darin, dass keine Plattform existiere, wo man sich umfassend auch über die Arbeit kleinerer Gruppen in deutscher Sprache informieren könne. Zudem müssten generell vermehrt zweisprachige Informationen zugänglich sein, um der Zusammenarbeit weiter Vor-schub zu leisten.

Prof. Dr. Winfrid Halder, Direktor Gerhart-Hauptmann-Haus, wies darauf hin, dass man, die finanzielle Situation vor Augen, die „Erwartungshaltungen“ im Hinblick auf Besuche bei den deutschen Minderheiten auf beiden Seiten korrigieren müsse. Zudem müsse bei den deutschen Minderheiten das Bewusstsein geschärft werden, dass es auf deutsche Seite unterschiedliche Akteure gibt. Neben ehrenamtlich getragenen Einrichtungen dürften nicht die institutionell geförderten Einrichtungen aus den Blick verloren werden. Das Gerhardt-Hauptmann Haus in Düsseldorf, so wie beispielsweise auch das Haus der Heimat in München oder das Kulturforum östliches Europa in Potsdam befassen sich schließlich mit genau den Gebieten, die Prof. Kotzian einleitend beschrieben habe. Leider seien aber auch die finanzielle Möglichkeiten dieser Einrichtungen für operative Handlungsspielräume für Veranstaltungen in den Herkunftsgebieten sehr begrenzt. Eine Veranstaltung des GHH in Polen würde beispielsweise genauso viel kosten, wie 15 Vorträge in Nordrhein-Westfalen, oder anders

ausgedrückt rund 10 % des Jahresetats ausmachen. Dies wäre im Falle des GHH gegenüber dem Land NRW nicht vermittelbar. Man dürfe daher keine illusorischen Vorstellungen haben. Die Kulturreferenten seien am ehesten geeignet verstärkt vom BKM in die Pflicht genommen zu werden, als Ansprechpartner in beide Richtungen zu fungieren und Veranstaltungen in den Gebieten der deutschen Minderheiten finanziell zu fördern.

Dr. Maria Werthan, Präsidiumsmitglied des BdV entgegnete, dass die Organisation einer Tagung im Zusammenspiel mit den deutschen Minderheit soviel organisatorischen und zeitlichen Aufwand mit sich bringe, dass dies von einem einzigen Kulturreferenten nicht zu leisten sei. Es wäre daher in der Tat zu überdenken, dass diese Rolle künftig der Kulturstiftung zukomme.

Auch Michael Anger von der Deutsch-baltische Gesellschaft e.V. erklärte, dass in Deutschland eine zentrale Koordinationsstelle zwingend erforderlich sei, die über Projekte der deutschen Minderheiten informiert, in beide Richtungen Ansprechpartner vermittelt, Wünsche für eine Zusammenarbeit sammelt und deren Umsetzung koordiniert. Dies könnte die Kulturstiftung im engen Austausch mit den deutschen Minderheiten, den Landsmannschaften und weiteren Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit der Vertriebenen leisten.

Insgesamt herrschte im Hinblick auf eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit Übereinstimmung, dass die Kulturstiftung als zentraler Ansprechpartner für die AGDM-Koordinierungsstelle in Berlin, als auch für die Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit wertvolle Arbeit leisten könnte, um gemeinsame Projekte anzustoßen, über Best Practice Beispiele zu informieren und Synergieeffekte zu erzielen. Eine Internetpräsenz sei von Nöten, um auf deutscher Seite eine rasche Übersicht über alle relevanten Akteure der deutschen Minderheiten und wissenschaftlichen Einrichtungen im östlichen Europa zu ermöglichen. Umgekehrt muss den deutschen Minderheiten ein zentrierter Überblick über Ansprechpartner, Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit und wissenschaftlichen Institutionen in Deutschland geboten werden. Ebenfalls könnte im direkten Anschluss an die vom BMI geförderte alljährliche AGDM-Jahrestagung in Berlin, an der Vertreter der deutschen Minderheiten zugegen sind, künftig eine von der Kulturstiftung organisierte Tagung stattfinden, an der Landsmannschaften, Einrichtungen aus dem Bereich der eigenständigen Kulturarbeit und deutsche Minderheiten zusammenfinden, um Kooperationen anzustoßen sich auszutauschen, wie es von Projektleiter Konhäuser vorgeschlagen wurde.

Themenblock 2:

Kooperation der Kulturorganisationen der deutschen Heimatvertriebenen untereinander und mit wissenschaftlichen Einrichtungen zum Zweck der Erzielung von Synergieeffekten

Impulse:

- Stephan Rauhut, Bundesvorsitzender Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. und Vorsitzender des Kuratoriums der Kulturstiftung, Bonn
- Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Kronberg i.TS.

Stephan Rauhut wies einleitend in seinem Impuls darauf hin, dass sich die Aufgaben der Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit, insbesondere aus seiner Sicht der Landsmann-



oder Parplies haben die Kulturstiftung wesentlich geprägt. Die schmerzhafteste Wende, die mit der Neukonzeption des Kulturparagrafen und dem Wegfall der institutionellen Förderung verbunden war, führte zu einem „tiefen Fall“ was die finanzielle Ausstattung der Kulturstiftung betraf, nicht aber im Hinblick auf die weitere Arbeit, dies auch dank ehrenamtlicher Arbeit. Unter der BdV-Präsidentin Steinbach sei die Kulturstiftung nicht mehr Stiftung des BdV gewesen, sondern „stand am Rand“, so Rauhut. Während der Gründung der Stiftung Flucht und Vertreibung Vorschub geleistet wurde, „dämmerte die Kulturstiftung vor sich hin“, wengleich weiterhin „großartige Veranstaltungen stattfanden und großartige Publikationen herausgegeben wurden“. Mit dem Wechsel an der Spitze des BdV lasse sich beobachten, dass die Kulturstiftung wieder als Stiftung des BdV angesehen werde.

Über die wissenschaftliche Arbeit hinaus kann die Kulturstiftung Plattform sein für die Landsmannschaften und die Institutionen, die aus diesen erwachsen sind. Als die finanziellen Mittel u.a. für die Kulturstiftung gekürzt wurden gab es das Schlagwort man wolle die „Professionalisierung der Vertriebenenorganisationen“. Das heißt, man wollte „das Geschäft nicht mehr den Landsmannschaften überlassen“. Durch das Ungleichgewicht der Finanzierung fehlte fortan ein intensiver Austausch mit den institutionell geförderten Einrichtungen, der heute nur noch auf freiwilliger Basis stattfindet, ohne dass ein Automatismus vorhanden sei.

Schmerzhaft für die Landsmannschaften war die Ansiedelung der Kulturreferenten an den jeweiligen Landesmuseen, die vorher bei diesen angesiedelt waren und von öffentlicher Hand finanziert wurden. Damit war es nicht mehr möglich aus den Landsmannschaften heraus kulturelle Arbeit zu leisten. Heute ist dies kaum noch möglich, da die Landsmannschaften keinen Einfluss auf die Arbeit der Kulturreferenten hätten. Zudem stünden die Kulturreferenten je nach Persönlichkeit des Museumsdirektors auch unter einem gewissen Einfluss der Institution vor Ort, was deren Aufgabenschwerpunkte betreffe, obwohl rein dienstrechtlich die Kulturreferenten dem BKM und die Museen den Landesregierungen unterstellt seien. Gegenüber Staatsministerin Grütters habe er einmal den Wunsch geäußert, dass die Kulturreferenten bei den Bundesdelegiertenkonferenzen der Landsmannschaft über deren kulturelle Arbeit und Projekte berichten. Als Antwort bekam er, dass Informationen über deren Arbeit eine „Holschuld“ sei, was für ihn nicht nachvollziehbar ist. Die Landsmannschaften und deren Arbeit müssten wieder ernster genommen werden, schließlich sei man nach wie vor landesweit und auch grenzübergreifend sehr gut vernetzt. Zudem müssten die einzelnen Landsmannschaften Strategien für die nächsten 15 Jahre entwickeln, was in seiner Landsmannschaft der Fall sei. Gleichzeitig begrüßte Rauhut die Strategie von Herrn Konhäuser die

Kulturstiftung u.a. zu einer übergreifenden Plattform des gegenseitigen Austauschs fortzuentwickeln.

Im Hinblick auf finanzielle Förderungen seien leider neben einer grundsätzlichen mangelnden finanziellen Ausstattung seitens des Bundes auch starke Unterschiede in den einzelnen Bundesländern festzustellen, was deren finanzielle Förderung betrifft. Es sei daher künftig auch von Bedeutung neben der Forderung nach mehr finanziellen öffentlichen Mitteln auch finanzielle Mittel aus privater Hand, beispielsweise bei Stiftungen einzuwerben. Die Förderanträge würden zudem die einzelnen Kreisgruppen der Landsmannschaft aber auch der anderen Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit schlichtweg oftmals überfordern. Der Aufwand sei zu groß, die Hürden für Projektanträge würden stetig wachsen und in Konsequenz würden Anträge zur Umsetzung von Projekten erst gar nicht gestellt werden. Auch hier müsste die Kulturstiftung als übergreifende Plattform Abhilfe schaffen und unterstützend tätig werden, insbesondere auch vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Förder Richtlinien in den Ländern, aber auch was mögliche EU-Fördermittel und die Einwerbung von Drittmitteln aus nicht öffentlicher Hand betrifft.

Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, wies einleitend darauf hin, dass das Projekt, in dessen Rahmen der Workshop stattfindet, zum Ziel habe Anregungen und Material zu sammeln, welche Aufgaben die Kulturstiftung künftig bei einer entsprechenden finanziellen Ausstattung zu leisten vermag. „Kultur“ sei der entscheidende Punkt, worauf auch die Landsmannschaften ihre ganze Politik aufbauen. Sie ist die Basis für die Identität der Landsmannschaften und es gilt diese Identität weiterhin zu pflegen und voranzutreiben. Die Kulturstiftung hat in diesem Zusammenhang mit 18 Mitarbeitern und einem von über 2 Millionen Euro hervorragende Arbeit geleistet, bis die finanzielle Förderung im Jahr 2000 auf Null gesetzt wurde. Dies und weitere Kürzungen hatten keine Haushaltsgründe, wie von Hartmut Koschyk bei der Auftaktveranstaltung festgestellt wurde, sondern es galt auch die Landsmannschaften in ihrer politischen Ausrichtung zu treffen. Aller Widrigkeiten zum Trotz sei es aber gelungen die Kulturstiftung in den letzten 19 Jahren „am Leben zu halten“, was auch auf ein unermüdliches ehrenamtliches Engagement zurückzuführen sei.

Begründung für die Neukonzeption und den Wegfall der institutionellen Förderung u.a. der Kulturstiftung durch den Bund war, dass die Arbeit „verwissenschaftlicht“ werden muss. In der Rückschau lässt sich aber feststellen, dass eine Verwissenschaftlichung nicht stattgefunden und die Breitenarbeit starken Schaden erlitten habe. Es gilt daher als Kulturstiftung Überlegungen anzustellen, was diese als zentrale Stiftung des BdV nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die Breitenarbeit zu leisten vermag, zumal die bei den Museen angesiedelten Kulturreferenten für die Breitenarbeit nichts leisten.

Die Kulturstiftung war stets auf wissenschaftliche Kooperationen angewiesen gewesen und habe diese gepflegt und man sollte bewährtes nicht in Frage stellen, sondern stattdessen weiter ausbauen. Der „Kooperationsgedanke“ und die „Vernetzung“ untereinander sei einer der zentralen Punkte der Neuausrichtung der Kulturstiftung.

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen kann neben ihrer zu erhaltenden und weiter auszubauenden wissenschaftlichen Arbeit, neben der Ausrichtung von wissenschaftlichen Tagungen und der Herausgabe von wissenschaftlichen Publikationen wie bisher, wichtige Aufgaben wahrnehmen, um die Breitenarbeit insgesamt zu stärken, Synergieeffekte zu erzielen und die Arbeit insgesamt besser als bisher zu koordinieren. Eine Stärkung des Wissens darüber, was der Andere macht, die Vernetzung untereinander, eine nachhaltige Zusam-

menarbeit ist von entscheidender Bedeutung und die Kulturstiftung könne hier als Plattform dienen, wo man sich gegenseitig austauscht.

Bei der Auftaktveranstaltung wurde beispielsweise auch eine eigene zentrale Beratungsstelle für die Betreuer der Heimatsammlungen gefordert. Die Kulturstiftung könnte bei entsprechender personeller und finanzieller Ausstattung diese Aufgabe als Serviceleistung hervorragend ausfüllen.

Gleiches gilt für die Beantragung und den Nachweis von Förderanträgen, bei denen zahlreiche in der eigenständigen Kulturarbeit der deutschen Heimatvertriebenen tätigen Einrichtungen schlichtweg überfordert sind, was auch von Herrn Rauhut angesprochen wurde.

Zusammenfassend konstatierte Vogler, dass die Zusammenarbeit zwischen den Trägern der eigenständigen Kulturarbeit insgesamt gestärkt und gebündelt werden muss. Es gilt mit allen Trägern, die in diesem Bereich tätig sind in einem engen Austausch zusammenzuarbeiten, weil man nur gemeinsam die Chance habe in der Zukunft eine fruchtbare Kulturpolitik und damit auch eine fruchtbare Gesellschaftspolitik zu betreiben.



Auf Rückfrage welche Aufgaben aus Sicht seiner Landsmannschaft die Kulturstiftung künftig neben der wissenschaftlichen Arbeit zu leisten vermag, nannte Stephan Rauhut das Angebot zu Seminaren sowie einen regelmäßigen Austausch über eine nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit. Bei der „Imagepflege“ sehe er nicht nur bei seiner Landsmannschaft Nachholbedarf. Daneben gelte es umfassend und regelmäßig im engen Austausch über Fördermöglichkeiten zu informieren und bei der Bearbeitung von Förderanträgen

unterstützend tätig zu werden, auch da oftmals Anträge lediglich aufgrund von formalen Fehlern oder einer unzureichenden Formulierung abgelehnt würden. Und schließlich gebe es bestimmte Projekte, die durchaus kopierbar seien, doch bedarf es einer Plattform, die hierüber umfassend informiert.

Klaus Weigelt, Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa – OKR, wies darauf hin, dass der Umbruch von der politischen zur kulturellen Identifikation immer noch im Gange sei und „Geschichtsbewusstsein Vergewärtigung“ bedeute. 1968 gab es beispielsweise massive Kritik aus den Reihen der Landsmannschaften an der Gründung von Museen zu den alten Herkunftsgebieten und man sah sich den Vorwurf ausgesetzt, man würde die alte Heimat vergessen und hier nun Kulturgüter sammeln. Es stelle sich für ihn die Frage, wann die Landsmannschaft Ostpreußen beispielsweise begreift, was es für ein „tolles Museum“ in Lüneburg gibt.

Im Hinblick auf eine Stärkung der Breitenarbeit dürfe nicht vergessen werden, dass man auch „vielseitig“ sein muss. Statt nur eigene Projekte durchzuführen, könne man sich auch an Projekte anderer Einrichtungen „anhängen“. Der OKR führte beispielsweise Konferenzen in Posen, Lods, Königsberg oder Lemberg durch. Ebenfalls arbeite man als OKR mit dem Kulturforum östliches Europa oder beispielsweise der Universität Lüneburg zusammen, was zeige, dass Kooperationen über den eigenen Tellerrand hinaus fruchtbar sein können.

Prof. Dr. Winfrid Halder vom Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf erklärte, dass es täglich wichtiger werde, was uns kulturell mit dem östlichen Europa verbinde. Nach dem Brexit werde Europa noch stärker östlich geprägt sein. Deutschland werde schon allein aufgrund seiner Mittellage verstärkt die Aufgabe zukommen, zwischen Ost und West zu vermitteln und es stelle sich die Frage, wie man diese Aufgabe erfülle. Es stelle sich für ihn zudem auch persönlich die Frage, welches Argument er beispielsweise seiner Familie, die allesamt ober-schlesische Wurzeln habe und von denen keiner einer Landsmannschaft angehört, liefern kann, sich landsmannschaftlich zu organisieren. Wenn man die Bildungsarbeit im Hinblick auf den historischen deutschen Osten erfolgreich fortsetzen wolle, glaube er nicht, dass dies in 20 Jahren noch in irgendeiner Form mit den Landsmannschaften geschehe, außer vielleicht noch mit den Russlanddeutschen oder den Siebenbürger Sachsen, da diese anders aufgestellt seien. Er suche vergeblich nach Argumenten für die Zukunftsfähigkeit der Landsmannschaften. In Demokratien würden Interessenverbände stets entstehen und wieder verschwinden. Mit dem Verschwinden werden aber nicht die Aufgaben verschwinden und es muss die Frage geklärt werden, wer diese Aufgaben wahrnimmt. Das Schlagwort der Professionalisierung halte er nicht für grundlegend falsch. Man müsse einen „gnadenlosen Realismus“ an den Tag legen, um die Arbeit erfolgreich fortzusetzen. Er glaube nicht, dass es mit den Landsmannschaften gelingen kann, die Menschen „mit dem Bazillus des Ostens“ zu infizieren, wie Dr. Kotzian am Vortag zitierte.

Dr. Kotzian fügte hinzu, es sei das größte Problem der Landsmannschaften, dass die neuen Generationen fehlten. Die Vertreter der Landsmannschaften hätten schlichtweg „verschlafen“, ihre eigenen Kinder mit dem Bazillus des Ostens zu infizieren und diese zu einer Mitarbeit in den Landsmannschaften zu bewegen. Man müsse den Bazillus ausstreuen, um für den Osten zu interessieren. Diesem Zweck diene auch das Sudetendeutschen Museum, nicht aber, um Mitglieder für die Landsmannschaften, sondern um Interessierte für das kulturelle Erbe der Sudetendeutschen zu gewinnen. Im Hinblick auf finanzielle Förderungen wies Dr. Kotzian u.a. zudem darauf hin, dass während seiner Zeit als Direktor des vom Land Bayern institutionell geförderten Hauses des Deutschen Ostens in München die Bürokratie auch dort ständig gewachsen sei, und dass damit diejenigen, die die Arbeit an der Basis leisten, in der Tat total überfordert seien.

Herr Rauhut warnte antwortend davor den Untergang der Landsmannschaften als eine „selbsterfüllende Prophezeiung“ anzusehen. Es stelle sich für ihn die Frage, wie es mit der eigenen kulturellen Identität denn heute bestellt wäre, wenn die „Professionalisierung“, „Verwissenschaftlichung“ und „Vermusealisierung“ schon früher angefangen hätte. Seine Antwort darauf sei, dass heute bereits alles im „Elfenbeinturm der Akademiker“ verschwunden wäre. Die Einschnitte seien ein gezielter Versuch gewesen, die Breitenarbeit der Vertriebenen ausbluten zu lassen, und es wäre sein Wunsch, an Herrn Prof. Halder gerichtet, auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten.

Vorsitzender Vogler ergänzte, dass man sich in jeder Phase darüber Gedanken machen müsse, wie man die Basis stärken könne, da man die kulturelle Identität erhalten müsse. Auch die Kulturstiftung habe sich zwar stets auch wissenschaftlichen Themen gewidmet, daneben dürfe aber die Breitenarbeit nicht vernachlässigt werden.

Frau Kämpfert erklärte, dass die Erfahrungen in den einzelnen Landsmannschaften unterschiedlich seien und es einer Plattform bedürfe, auf der ein intensiver Austausch stattfindet und über Veranstaltungen, Termine oder Projekte, an die man sich anhängen könne, informiert. Dies könne die Kulturstiftung aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung gut leisten. Zu-

dem sei es ihres Erachtens nicht notwendig, dass alles in landsmannschaftlichen Strukturen geschehen müsse. Es gebe zahlreiche kleine Einrichtungen, wie u.a. auch den Akademischen Freundeskreis Westpreußen, die erfolgreiche Arbeit leisten, ohne dass diese an eine Landsmannschaft angegliedert seien. Umso mehr sei es wichtig die Gesamtheit auf einer Plattform miteinander zu verzahnen.

Tanja Krombach, stv. Direktorin des Deutschen Kulturforums östliches Europa, begrüßte nach einer Vorstellung der Tätigkeitsfelder des Kulturforums ausdrücklich die Idee von Projektleiter Konhäuser, eine gemeinsame Plattform zu schaffen und nach der AGDM-Jahrestagung die deutschen Minderheiten mit den Landsmannschaften und weiteren Einrichtungen an einen Tisch zu bringen, um sich gegenseitig auszutauschen. Insgesamt sei eine tiefe und gute Zielgruppenarbeit und die Vernetzung untereinander von größter Bedeutung.

Heiko Hendriks MdL, Beauftragter für die Belange der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler des Landes NRW, wies darauf hin, dass man mit Kooperationen nicht nur mehr eigenen Einrichtungen, sondern auch eine breitere Öffentlichkeit erreichen könne. Man müsse dem Wort „Kooperation“ das Wort „Vernetzung“ hinzufügen und es gehe um die Koordinierung der Kooperation und der Vernetzung. Dabei könne die Kulturstiftung eine besondere Rolle spielen und eine Plattform bieten. Die Kulturstiftung könne insbesondere auch in der wissenschaftlichen Zuarbeit, Mitarbeit und in Ergänzung dessen, was die Landesbeauftragten und die verschiedenen Verbände und Organisationen vor Ort leisten können, einen wertvollen Beitrag leisten.

Er selbst erlebe die Landsmannschaften in NRW in ihrer Homogenität bzw. Heterogenität sehr unterschiedlich. Die Landsmannschaft der Oberschlesier und der Verband der Siebenbürger Sachsen würden institutionell vom Land NRW gefördert, da man schließlich die Partnerschaft über beide deutschen Volksgruppen übernommen habe. Hinzu komme, dass einstimmig der Beschluss gefasst wurde, künftig den BdV personell zu unterstützen und entsprechende Finanzmittel hierfür zur Verfügung zu stellen.

Auch sei zu konstatieren, dass das Wissen über die Vertreibungen heute nur noch rudimentär vorhanden sei. Oft helfe ein Film mit Maria Furtwängler zum Thema Flucht und Vertreibung mehr eine breite Diskussion zum Thema anzustoßen, als mehrere Veranstaltungen der Landsmannschaft, wo meist die gleichen Personen zu finden sind. Ebenfalls seien im Bereich des Einsatzes neuer Medien die Landsmannschaften, der BdV und viele andere nicht entsprechend aufgestellt, um gerade die jüngere Generation anzusprechen. Wenn ein Schüler eine Ausstellung besuche, müsse dieser sein Smartphone an einen QR-Code halten können und ansprechend aufgemachte weiterführende Informationen erhalten.

Eine große Bedeutung sehe er, gerade auch die niederschweligen Angebote zu stärken. Dies geschehe durch das Land NRW beispielsweise durch die Errichtung des künftigen Hauses der Landesgeschichte, in dem auch auf die Vertriebenen, Spätaussiedler und Bürger der ehemaligen DDR in NRW eingegangen werde.

Dr. Michael Henker vom Sudetendeutschen Museum erwiderte, dass Herrn Hendriks Ausführungen auch den Bedarf hin zu mehr Professionalisierung verdeutlichten. Wenn es darum geht zu eruieren, welche Aufgaben die Kulturstiftung zukünftig ausfüllen solle, bedarf es aus seiner Sicht eines Konzepts, für deren künftige Aufgaben, die ausgefüllt werden müssen, statt zunächst Ideen für die der Erarbeitung eines Konzepts zu sammeln und daraus moderne Strukturen zu entwickeln.

Vorsitzender Vogler entgegnete, dass man im Vorfeld des Förderprojektes bereits ein Konzept erarbeitet hatte, bei dem auch Herr Weigelt eingebunden war und das man dem BKM vorgestellt habe, wo man aber auf Bedenken gestoßen sei. Man habe dieses Konzept bewusst nicht zur Diskussion gestellt, um völlig unvoreingenommen zu sehen, wie in der Breite die Situation beurteilt werde und welche Vorstellungen und Probleme es gebe. Die Auftaktveranstaltung und der Workshop hätten diese Vorgehensweise bestätigt, weil man durch die umfangreichen Diskussionen viel Material gefunden habe, das im Detail neu ist, die Grundkonzeption in ihrer Gesamtheit aber nicht in Frage stellt. Man habe die Chance, das Projekt in seiner ganzen Breite durchzuführen, die Hand am Puls der Zeit zu haben und die Felder zu konkretisieren, wo Kooperationen und Vernetzungen möglich sind. Man habe die Chance, ein Konzept zu erarbeiten, das das weite Umfeld, mit dem die Kulturstiftung zusammenarbeitet, befragt hat und dadurch aktuell ist. Wenn man zu Beginn ein Konzept vorlegt, dann würde sich alles nach diesem ausrichten, statt ein breites Bild zu gewinnen, was die konkreten Anliegen, Wünsche und Problemfelder sind.

Prof. Dr. Manfred Kittel gab zu bedenken, dass bei der Gesamtkonzeption das BKM immer fragen werde, was das spezifische der Kulturarbeit einer künftigen Kulturstiftung sei, was die anderen „Professionellen“ nicht zu leisten vermögen. Dies werde für die Politik der entscheidende Punkt sein.

Prof. Dr. Matthias Hardt vom Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europas schloss an die Ausführungen von Prof. Halder an, dass auch bei der jungen Generation ein großes Interesse am Osten Europas vorhanden sei. Um dieses Interesse zu wecken, brauche es seiner Ansicht nach aber keine Vertriebenenorganisationen. Wenn das Interesse erstmal geweckt ist, könne man aber auf die Institutionen aufbauend zurückgreifen. Man müsse sich den Menschen in Mittel- und Osteuropas öffnen, die teilweise wie die Galizier selbst vertrieben wurden und in den Herkunftsregionen der Heimatvertriebenen neu angesiedelt wurden. Es sei zu beobachten, dass sich in diesen Gebieten die Bevölkerung mehr und mehr dafür interessiere, wer vor ihnen in diesen Gebieten gelebt habe. Man müsse die Konfrontation herausnehmen und sich stattdessen öffnen, wozu auch die Kulturstiftung beitragen könne. Herr Rauhut antwortete hierauf, dass in seiner Landsmannschaft es keine Konfrontation mehr geben würde, was seines Erachtens nach auch auf die anderen Landsmannschaften zutrefe. Man sei in der polnischen Gesellschaft zwar nicht bei jedem beliebt, aber mit jedem im Gespräch, was vor 25 Jahren noch nicht möglich gewesen war und man trete für eine Zusammenarbeit ein.

An Herrn Rauhut gerichtet erklärte Dr. Halder, dass er Missverständnisse vermeiden wolle. „Alles was unser Thema befördern kann ist wünschenswert“. Man müsse aber weg von der Vorstellung der „Verdrängung“ oder „Verhinderung“. Für seine Einrichtung könne er sagen, dass nichts verhindert werde, was die Wünsche der Landsmannschaften betreffe. So gebe es heute vom Gerhart-Hauptmann-Haus keine geförderten Trachtenstickerkurse oder kein Königberger Marziapanbacken nur deshalb nicht mehr, weil es niemanden mehr gebe, der dies anbieten kann und nicht weil dies verhindert werde. Man müsse seines Erachtens realistisch sein und auch ein „Worst-Case-Szenario“ berücksichtigen, falls die Landsmannschaften vielleicht wirklich in 20 Jahren nicht mehr da seien und sich die Frage stellen, wer die Arbeit denn dann leisten solle. Die wissenschaftlichen institutionell geförderten Einrichtungen haben neben anderen Punkten schon allein deshalb größte Bedeutung. Des Weiteren wies er darauf hin, dass das Gerhart-Hauptmann-Haus 2018 eine Veranstaltung zum Schlesier Lichtenberg durchgeführt habe, zu der nur 5 Leute kamen und es stelle sich für ihn die Frage, warum aus den Reihen der Vertriebenen niemand kam. Herr Rauhut erwiderte darauf, dass

die Landsmannschaft hierüber nicht informiert gewesen sei. Ansonsten wäre in den Schlesischen Nachrichten darauf hingewiesen worden und bestimmt wären zahlreiche Besucher zu dieser Veranstaltung gekommen. Dies verdeutliche, dass der gegenseitige Austausch gestärkt werden müsse. Zum anderen stelle sich für ihn die Frage, warum man nicht gemeinsam eine Veranstaltung hierzu anbieten hätte können. Er sei sich sicher, dass in diesem Fall der Zuhörersaal voll gewesen wäre.

Frau Hutter entgegnete, dass, wenn man bei einer Veranstaltung groß mit Landsmannschaft wirbt, dies eher Publikum abschrecke, da das Gefühl entstehe, dass es sich um eine eingeschworene Gemeinschaft handle, bei der man fehl am Platz sei. Es gehe „nicht um die Erben, sondern um das Erbe“. Man sei daher dazu übergegangen, das kulturelle Thema der Veranstaltung in den Vordergrund zu stellen und nur noch klein darauf hinzuweisen, dass der Verband der Siebenbürger Sachsen Veranstalter ist. Rauhut entgegnete, dass man Selbstbewusst auftreten müsse und sich nicht verstecken dürfe. Seine Landsmannschaft weise daher groß darauf hin, wenn man Veranstalter sei und er habe nicht den Eindruck, dass dies abschrecke. Beispiel sei, dass es trotz aller Skepsis gelungen sei den „Ostdeutschen Winterball“ wiederzubeleben, zu dem auch junge Menschen kommen. Gerade im Hinblick auf die nachfolgende junge Generation könne man diese nicht nur durch Vorträge gewinnen. Man müsse auch „gemeinsam feiern können“, um junge Menschen für eine Mitarbeit zu gewinnen.

Dr. Jürgen Martens, ehemals BMI, knüpfte nochmals an die Ausführungen von Prof. Halder an und führte aus, dass man mit der Neukonzeption u.a. verhindern wollte, dass im Falle eines Worst-Case-Szenarios, sprich dem Aussterben der Landsmannschaften, die ostdeutsche Kulturarbeit zum Erliegen kommt. Es sei wichtig, die Arbeitsweise der geschaffenen neuen Institutionen zu überprüfen, statt diese in Frage zu stellen. Im Hinblick auf die ehemals bei den Landsmannschaften angesiedelten Kulturreferenten hätten diese damals 15 Millionen Euro an Bundesmitteln gekostet. Da man keine Nachhaltigkeit bei dieser Ausgabe gesehen habe, wurde deren Zahl drastisch gekürzt und diese bei den Landesmuseen angesiedelt. Rauhut entgegnete, er übe keine Kritik an der Arbeit der Kulturreferenten, sondern an der Einrichtung an sich. Diese würden ineffizient arbeiten und seien mit zu wenig finanziellen Mitteln ausgestattet.

Frau Dr. Loeffke verwies auf die großartige zurückliegende wissenschaftliche Arbeit, die vor dem Wegfall der institutionellen Förderung noch in großem Umfang geleistet werden konnte. Auch heute noch leiste die Studiengruppe für Politik und Völkerrecht nachhaltige wissenschaftliche Arbeit. Die Politik müsse stark eingebunden werden und auch zur „Kasse gebeten werden“, um die wissenschaftliche Arbeit der Kulturstiftung wieder zu befördern.

Abschließend dankten Projektleiter Konhäuser und Vorsitzender Vogler allen Teilnehmern für Ihr Kommen, die fruchtbringende Diskussion und warben für eine weitere aktive Begleitung des Projekts zur Erarbeitung eines Förderkonzepts.

Thomas Konhäuser